

Verpflichtung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

- Wahlhelfer (m, w, d)



Information zur Datenerhebung (Dateninformation)

Allgemeines	Die Durchführung von Wahlen ist ohne ehrenamtliches Engagement nicht möglich. Daher bemüht sich die Stadt Mosbach immer um zahlreiche motivierte Wahlhelfer. Dabei werden personenbezogene Daten erfasst, welche für die Organisation des Einsatzes am Wahltag unerlässlich sind.
Stadtverwaltung	Große Kreisstadt Mosbach
Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	Oberbürgermeister: Julian Stipp
Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r	E-Mail: datenschutz@mosbach.de
Zweck(e) der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlage	Die personenbezogenen Daten (Name, Vorname, Geburtsdatum und Anschrift, Kontaktdaten (Telefon, E-Mail, Mobilfunk), Angaben zum Wahlrecht) werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e) Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zum Zweck der Durchführung von Wahlen erhoben und verarbeitet.
Erhebung personenbezogener Daten	<ul style="list-style-type: none"> - Name, Vorname - Geburtsdatum - Anschrift - Kontaktdaten (Telefon, E-Mail, Mobilfunk) - Angaben zum Wahlrecht (durch Abfrage/Abgleich aus/mit dem Melderegister → da nur Wahlberechtigte berufen werden sollen)
geplante Speicherdauer	Die Daten werden ab sofort und gemäß den gesetzlichen Vorschriften, auch für künftige Wahlen gespeichert. Der Speicherung und Verarbeitung Ihrer Daten über die jeweilige Wahl hinaus können Sie selbstverständlich jederzeit bei der Stadt Mosbach widersprechen.
Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)	Die erhobenen personenbezogenen Daten werden nur zur internen Organisation bei der Wahlvorbereitung und Abwicklung verarbeitet.
Betroffenenrechte	Sie haben als betroffene Person das Recht von der Stadtverwaltung Auskunft über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 15 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)), die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), die Löschung der Daten (Art. 17 DSGVO) und die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) zu verlangen, sofern die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Sie können verlangen, die bereitgestellten personenbezogenen Daten gemäß Art. 20 DSGVO zu erhalten oder zu übermitteln. Sie können nach Art. 21 DSGVO Widerspruch einlegen. Die Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten können Sie jederzeit widerrufen. Unbeschadet anderer Rechtsbehelfe können Sie sich hier beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, beschweren.
Grundlagen für die Datenerhebung	Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DSGVO § 3 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) § 4 Landesdatenschutzgesetz BW (LDStG) § 9 Abs. 4 Bundeswahlgesetz (BWG) § 4 Europawahlgesetz (EUWG) (i. V. m. § 9 Abs. 4 BWG) § 13 Abs. 4 Landeswahlgesetz (LWG) § 14 Abs. 5 Kommunalwahlgesetz (KomWG) § 5 Abs. 4 Gesetz über Volksantrag, Volksbegehren u. Volksentscheid (VAbstG) i. V. m. § 13 Abs. 4 Landeswahlgesetz (LWG)